

**PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG
EUROPA-MITTELMEER**

ENTSCHLIESSUNG

der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer

„Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung“

angenommen am 15. März 2005 in Kairo (Ägypten)

auf der Grundlage der EntschlieÙung, die im Auftrag des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung von dessen Vorsitzendem Hashem Ad-Dabbas vorgelegt wurde

ENTSCHLIESSUNG

„Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung“

Ausgehend von den Empfehlungen, die auf der zweiten Sitzung des Ausschusses „Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung“ der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (EMPA) (14./15. Februar 2005, Jordanien) verabschiedet wurden, nahm der Ausschuss auf seiner 3. Sitzung, die am 12. März 2005 im Rahmen der ersten Sitzung der EMPA in Kairo (Ägypten) stattfand, folgende EntschlieÙung an:

Der Ausschuss ist überzeugt, dass der Barcelona-Prozess in unmittelbarer Beziehung zum Nahost-Friedensprozess steht. Stabilität, Entwicklung und Wohlstand des Mittelmeerraums hängen weitgehend von der Herbeiführung eines gerechten, umfassenden und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ab. 1.

Der Ausschuss unterstreicht den besonderen Charakter der Partnerschaft Europa-Mittelmeer, die mehr als nur eine Form von Entwicklungshilfe, sondern ein Vorhaben mit gemeinsamen Zielsetzungen und gemeinsam getragener Verantwortung ist.

Der Ausschuss betont, dass die Sicherheit, die Stabilität und das wirtschaftliche Wohl der Mittelmeerregion zwingend und untrennbar miteinander verbunden sind. Daher ruft er alle Europa-Mittelmeer-Partner sowie die am Nahost-Friedensprozess beteiligte internationale Gemeinschaft auf, sich mit ganzer Kraft für die Beendigung des palästinensisch-israelischen Konflikts einzusetzen und noch aktiver an der Umsetzung der Road Map mitzuwirken, damit das letztlich angestrebte Ziel erreicht werden kann: ein friedliches und sicheres Nebeneinander zweier zukunftsfähiger souveräner Staaten – eines israelischen und eines palästinensischen – mit eindeutig festgelegten Grenzen.

Ferner ruft der Ausschuss alle betroffenen Parteien auf, im Rahmen der EntschlieÙungen und völkerrechtlichen Vereinbarungen gemeinsame Bemühungen um die Wiederaufnahme des syrisch-israelischen und syrisch-libanesischen Friedensprozesses zu unternehmen, um einen gerechten, umfassenden und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herbeizuführen.

Frieden und Sicherheit in der Region sind eine maßgebliche Voraussetzung für regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit, Integration und Prosperität.

Der Ausschuss fordert wirksame Maßnahmen zur Förderung der Süd-Süd- und Süd-Nord-Wirtschaftsintegration in Form einer verstärkten technischen und finanziellen Unterstützung und Hilfeleistung bei der Anpassung der Mittelmeer-Partnerländer an die Regelungen und Folgen der Freihandelszone, die bis 2010 geschaffen werden soll. Ein weiterer entscheidender Faktor für die Entwicklung der Partnerländer ist die Aufwertung und bessere Nutzung der Finanzinstrumente der MEDA-II-Partnerschaft, der EIB-Darlehen und der Finanzfazilität FEMIP. Dabei sieht der Ausschuss in der Initiative von Agadir ein Schlüsselinstrument für die Förderung der Süd-Süd-Zusammenarbeit, das zur Stärkung und 2.

Vertiefung der regionalen Wirtschaftskooperation und zum Ausbau des Handels zwischen den Ländern der Region beiträgt und auf diese Weise eine Zunahme der Neuinvestitionen und des Exportpotenzials sowie die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und Geschäftschancen in verschiedenen Branchen mit sich bringt.

Flankierend dazu sollten Impulse für Sozial- und Entwicklungsprogramme gegeben und entsprechende Programme der Europäischen Union für die Partnerländer geöffnet werden.

Der Ausschuss ruft zu intensiven Bemühungen um die Förderung und Vereinfachung von EU-Direktinvestitionen im Mittelmeerraum auf. Solche Aktionen dienen zugleich dem für die Länder der Region unentbehrlichen Transfer von Technologie und Know-how, der ihnen bei der Entwicklung ihrer Volkswirtschaften, der Minderung der Armut sowie der Verhinderung der Abwanderung von Fachkräften und der illegalen Zuwanderung helfen wird. In diesem Zusammenhang empfiehlt der Ausschuss nachdrücklich die umfassende Unterstützung des privaten Sektors in der Mittelmeerregion mit dem Ziel, für die Exportgüter aus der Region den Zugang zum EU-Markt zu erleichtern und den Handel mit Agrarerzeugnissen schrittweise weiter auszubauen. Besonderes Augenmerk sollte darüber hinaus auf die schulische und berufliche Bildung und die Wahrung der Gleichbehandlung durch das Vorgehen gegen alle Formen von Diskriminierung gelegt werden. 3.

Der Ausschuss ist der Ansicht, dass die finanzielle, fachliche und technologische Unterstützung eine entscheidende Rolle im Reformprozess und bei der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Mittelmeerregion spielt, so insbesondere bei der Schaffung einer echten Wissensgesellschaft und der Überwindung der digitalen Kluft zwischen Nord und Süd. Er ruft dazu auf, die erforderliche Festlegung der Finanzierungsschwerpunkte für die nächsten Jahre bis zur Einrichtung der Freihandelszone Europa-Mittelmeer im Jahre 2010 abzuschließen. 4.

In diesem Zusammenhang befürwortet der Ausschuss die Bildung einer Arbeitsgruppe für die Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP), deren Ziel in der Förderung der Entwicklung des privaten Sektors und der Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Investitionsklimas in den Mittelmeerländern besteht. Die Kommission hat vorgeschlagen, der EIB, anderen internationalen Finanzinstitutionen und Vertretern der Europäischen Kommission die Möglichkeit zur Teilnahme an den Ausschusssitzungen (soweit der Ausschuss dies für erforderlich hält), zum Meinungsaustausch und zur Beantwortung von Fragen der Mitglieder zu geben. Sie ruft die EU auf, ihren Partnern in der 2007 anlaufenden dritten Phase des MEDA-Programms engagierte Hilfestellung bei der Verwirklichung ihrer sozioökonomischen Entwicklungsziele zu geben. Entscheidende Bedeutung wird dabei den Aktionsplänen zukommen, die im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik aufgestellt werden.

Der Ausschuss stellt fest, dass die Reformpolitik heute ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der Gesamtpolitik in der Mittelmeerregion ist, und vertritt die Auffassung, dass Reformen heute kein Luxus mehr, sondern ein notwendiger Schritt zur Sicherung der Zukunft der Region sind. Daher fordert er die Bereitstellung der nötigen Mittel für die Umsetzung des Dokuments „Der Prozess der Entwicklung, Modernisierung und Reform in 5.

der arabischen Welt“, das auf dem arabischen Gipfel in Tunis angenommen wurde. Eine solche Unterstützung trägt zur Festigung demokratischer Prinzipien und zur Erweiterung der politischen Mitspracherechte in der Region bei. Zugleich ermöglicht sie die verstärkte Fortsetzung der Bemühungen um eine Leistungssteigerung im politischen und wirtschaftlichen Bereich sowie im Sozial- und Bildungswesen. Nach Ansicht des Ausschusses müssen Reformen gleich welcher Art von innen heraus, d. h. von den Menschen in der Region vollzogen werden. Zugleich müssen beide Seiten eng zusammenarbeiten, um den Mangel an Öffentlichkeitswirksamkeit zu überwinden, der für die Bürgergesellschaft zu beiden Seiten des Mittelmeers kennzeichnend ist.

6. Eingedenk der tragischen Folgen der Tsunami-Flutwelle in Südostasien und der Tatsache, dass solche Naturereignisse schon früher in vielen Teilen der Welt und auch im Europa-Mittelmeer-Raum aufgetreten sind, ruft der Ausschuss alle Europa-Mittelmeer-Partner auf, gemeinsam so bald wie möglich ein Frühwarnsystem für Tsunamis und sonstige Naturkatastrophen im euromediterranen Raum einzurichten. Dieses System wird natürlich alle Kosten der als bedroht eingestuften Mitgliedstaaten tragen. Dabei fordert er, die vorhandenen Systeme zu nutzen und diese entweder weiterzuentwickeln oder die Erfahrungen der Länder auszuwerten, die bereits über derartige Einrichtungen verfügen. Er fordert die unverzügliche Einleitung eines Prozesses, der zur Einrichtung eines solchen Systems führt.

7. In der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit in der Wissenschaft und im Bildungswesen eine wichtige Grundlage für gute Beziehungen zwischen den Völkern im Europa-Mittelmeer-Raum ist, misst der Ausschuss den Bildungssystemen entscheidende Bedeutung für die nachhaltige sozioökonomische Entwicklung dieser Region bei. In diesem Zusammenhang spricht er sich für eine verstärkte Zusammenarbeit der Europa-Mittelmeer-Partner in der Bildung und Wissenschaft aus, darunter zwischen Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungszentren. Darüber hinaus ruft der Ausschuss dazu auf, die Mittelmeerpartner in EU-Bildungsprogramme wie TEMPUS und ERASMUS und in die anderen Aktivitäten und Programme im Bereich Wissenschaft und Forschung einzubeziehen.

8. Der Ausschuss ruft zur Einrichtung eines Ad-hoc-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer auf, der sich insbesondere mit Frauenfragen in den euromediterranen Partnerländern befassen soll, und wird untersuchen, wo eine Koordinierung mit dem Europa-Mittelmeer-Forum für Parlamentarierinnen erforderlich ist, damit gemeinsame Aktionen mit den Regierungen aller Mitgliedstaaten im Barcelona-Prozess stattfinden können.

Er wünscht sich einen höheren Frauenanteil in den Ausschüssen.

Kairo, 15. März 2005